

# newsletter\*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

---

## **Liebe Genossin, lieber Genosse,**

am Freitagvormittag sind die Auflösungserscheinungen der schwarz-gelben Koalition wieder deutlich sichtbar geworden. Die Regierungskoalition schaffte es nicht einmal mehr, eine beschlussfähige Plenumsmehrheit zusammenzubekommen. Das ist nicht nur ein Fehlstart für den neuen Unionsfraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer, es zeigt auch: Diese Koalition erodiert in jeder Hinsicht. 126 Abgeordnete der Koalition – also fast 40 Prozent – haben nicht abgestimmt. Das war ihr stummer Protest gegen das Betreuungsgeld. Es ist nicht Aufgabe der Opposition, fehlende Stimmen der Koalition zu ersetzen.

Die Beschlussunfähigkeit hat die Koalition sich ganz und gar alleine zuzuschreiben. Die fehlende Mehrheit beim Betreuungsgeld ist ein Scheitern mit Ansage. Die breite Kritik innerhalb der Koalition daran war lange bekannt. Der ganze Vorgang ist ein weiteres Beispiel für den Zerfall der Koalition. Nun steht fest: Über das Betreuungsgeld wird nicht mehr vor der Sommerpause beraten. Denn im Ältestenrat gab es keinen Antrag auf eine Sondersitzung in der kommenden Sitzungswoche.

Damit wollen Merkel und Co. verhindern, dass das Betreuungsgeld in der Sommerpause im Zentrum der öffentlichen Debatte steht. Das wird ihnen nicht gelingen. Denn die Menschen begreifen, was für ein absurder Kuhhandel in der schwarz-gelben Koalition betrieben wird: Die FDP will das Betreuungsgeld nicht, stimmt aber dafür, weil die Union dafür dem „Pflege-Bahr“, der privaten Pflegezusatzversicherung, zustimmt. Und das will die FDP unbedingt durchsetzen. Dabei will die Union dieses sozial ungerechte Klientelgeschenk an die private Versicherungswirtschaft eigentlich gar nicht. Nur der bayerische Ministerpräsident freut sich, er bekommt, was er will: das Betreuungsgeld!

Vielleicht kommt die Kanzlerin nur zur Vernunft. Denn das am Freitag veröffentlichte ZDF-Politbarometer spricht eine deutliche Sprache: 71 Prozent der Deutschen lehnen das Betreuungsgeld ab. Selbst unter den Anhängern der Union sind 64 Prozent dagegen. Zwei Milliarden werden hier verpulvert, weil damit angeblich eine Wahlfreiheit für Eltern geschaffen werden soll. Doch die gibt es de facto nicht. Der Rechtsanspruch auf einen Krippen-Platz tritt zwar im August 2013 in Kraft, aber rund 200.000 Betreuungsplätze fehlen noch. Für die 2 Milliarden könnten allein 166.000 zusätzliche Krippenplätze geschaffen werden. Das zeigt, was für ein Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb ist. Denn die 2 Milliarden werden nicht in die Zukunft aller Kinder investiert, denn sie fließen nicht in die frühkindliche Bildung.

So kurz vor der Sommerpause stehen weitere Themen auf der Agenda, die uns wichtig sind. Dabei stehen die Verhandlungen zum Fiskalpakt im Zentrum. Zwar hat inzwischen eine Annäherung zwischen Regierung und Opposition stattgefunden, dennoch sind noch einige Punkte, zum Beispiel bei den Wachstumsprogrammen, die wir fordern, strittig. Die SPD beharrt auf der Finanztransaktionssteuer, für die wir seit mehr als zwei Jahren kämpfen. Nun sind wir beinahe am Ziel – wir haben uns durchgesetzt. Diese Steuer ist nicht nur ökonomisch sinnvoll, sondern auch sozial gerecht. Denn damit werden endlich auch einmal diejenigen an den Kosten beteiligt, die die Finanzkrise ausgelöst haben. Außerdem hat die SPD als erste Fraktion im Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf für Entgeltgleichheit, er wurde am Donnerstag in 1.

---

#### IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,  
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL,  
JOHANNA TIGGES  
TELEFON (030) 227-510 99 / E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 15.06.2012 13.00 UHR

Lesung beraten. Damit wollen wir gesetzlich verankern, dass Frauen endlich die gleichen Löhne bekommen wie die Männer. Auch hier hat Schwarz-Gelb nichts als Lippenbekenntnisse übrig.

Zum Schluss noch etwas in eigener Sache: Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen neuen Webauftritt, der viele neue Funktionen ermöglicht. Schau doch mal rein: [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de).

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

## Inhaltsverzeichnis

02	Debatte um Europa	08	Bundeswehr attraktiver machen
03	SPD-Troika in Paris	09	nachhaltige Entwicklung zurücktreiben
03	Neues Treffen zum Fiskalpakt	09	Offshore-Windparkanlagen sicherer machen
04	Schwarz-Gelb hat Sparen aufgegeben	10	UN-Waffenhandelsvertrag gestalten
05	Aktuelle Stunde zu Niebels Teppich	10	Menschenrechte in Zentralasien stärken
06	Endlich gleiche Löhne für Frauen erreichen	11	Missbrauch von Werkverträgen beenden
08	Elterngeld reformieren	12	Steinmeier erhält Mittelstandspreis
08	Kinderarbeit verhindern	12	SPD-Politiker über die Chancen der Deutschen bei der Fußball-EM

## EUROPA

### Steinmeier: Frau Merkel liegt in der Furche

An diesem Donnerstag hielt Bundeskanzlerin Merkel eine Regierungserklärung zum bevorstehenden Gipfel der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) in Mexiko. In seiner Antwort auf Merkels Rede stellte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier fest, dass die Krise langsam auch in Deutschland ankomme. Die Menschen hätten Angst und Wut; Wut vor allem deshalb, weil erneut Geld für strauchelnde Banken in die Hand genommen werde, das den Steuerzahlerinnen und -zahlern gehört. Doch in den Worten Merkels spiegelte sich nichts davon wider. Er fragte: „Wo sind die Vorschläge der deutschen Regierung zur Lösung der Schuldenkrise, zur Regulierung der Finanzmärkte?“

Machtlos müssten die Menschen mitansehen, wie die Finanzwelt sie um ihr Eigentum brachte. Steinmeier konstatierte: „Noch immer könnten einzelne Banken ganze Wirtschaften in den Abgrund reißen. „Es kann nicht sein, dass nur die Steuerzahler in Anspruch genommen werden, die Verursacher der Krise aber davonkommen.“ Er verwies darauf, dass viele Staaten vor der Krise gesunde Haushalte hatten. Zu Merkel sagte er: „Sie legen sich in die Furche und warten ab“.

„**Sie tun nichts!**“

In Richtung Schwarz-Gelb äußerte er vor dem Plenum, dass Deutschland „in der Verantwortung“ stehe. „Wir müssen da ran“, forderte der Fraktionsvorsitzende. Seit zwei Jahren bekomme die Regierung nichts hin in Sachen Finanzmarktregulierung, wie etwa der Reglementierung von Schattenbanken. „Sie tun nichts, und das werfen wir Ihnen vor.“

Steinmeier erklärte, dass auch seine Partei für Konsolidierung sei, die sei eine Pflicht. Es gehe vielmehr darum, wie diese Konsolidierung, also ein möglichst ausgeglichener Haushalt, erericht werden kann. Reines Kaputtsparen führt laut Steinmeier in die Rezession. Darum seien Einsparungen und Wachstum zwei Seiten derselben Medaille. „Immer neue Rettungsschirme helfen nicht, wenn wir das Wachstum in Europa abwürgen.“ Nötig sei ein Wachstumspaket, eine Finanzmarktsteuer und langfristig ein Schuldentilgungsfonds für die Krisenstaaten.

Er wandte sich zum Schluss direkt an Angela Merkel: „Hören Sie bitte auf, immer von roten Linien zu schwadronieren. Sie haben immer rote Linien gezogen und sechs Monate später jede Linie überschritten.“

## Steinmeier, Gabriel und Steinbrück in Paris

Am Mittwochnachmittag sind SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier, Parteichef Sigmar Gabriel und Ex-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück nach Paris gereist, um sich dort mit dem französischen Präsidenten Francois Hollande zu treffen. Hollande empfing die drei SPD-Politiker noch vor Bundeskanzlerin Angela Merkel. Es war ein „Besuch bei Freunden“.

Wichtigstes Thema war die Ausgestaltung des europäischen Fiskalpaktes. Die SPD fordert ebenso wie Hollande einen ergänzende Wachstumspakt und die Einführung einer möglichst europaweiten Finanztransaktionssteuer. Nur Ausgaben zu streichen, wie es die Kanzlerin will, reiche in Krisenzeiten nicht aus, sagte Frank-Walter Steinmeier nach dem Treffen, Wachstum sei ebenso notwendig. „Wir raten zu einem Mix“.

Steinmeier und Gabriel betonten die „große Übereinstimmung“ mit Hollande im europäischen Krisenmanagement. Gemeinsam diskutierten Steinmeier, Gabriel und Steinbrück mit Hollande und dem französischen Regierungschef Jean-Marc Ayrault über die Frage, wie Deutschland und Frankreich zusammen für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa sorgen können.

Für beide Seiten war klar, dass durch Wachstumsprogramme nicht neue Staatsschulden generiert werden dürfen, sondern diese Investitionen sollen kompensiert werden durch die Finanztransaktionssteuer.

Die Troika will nicht nur für mehr Wachstum sorgen, sondern auch die massive Jugendarbeitslosigkeit, etwa in Spanien, bekämpfen. Gemeinsam wollen die SPD und die französische PS (parti socialiste) die europäische Zusammenarbeit verbessern, insbesondere bei der Steuer- und Wirtschaftspolitik.

## Neues Treffen zum Fiskalpakt

Die Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Opposition über den Fiskalpakt sind in vollem Gange. SPD und Grüne vertreten dabei in weiten Teilen die gleichen Positionen. Am Mittwochmittag trafen sich im Bundeskanzleramt die Fraktions- und Parteichefs der im Bundestag vertretenen Parteien mit Bundeskanzlerin Merkel. Mehr als zwei Stunden sprachen die Teilnehmer über die Ausgestaltung des Fiskalpaktes und die damit verbundenen Bedingungen der Opposition. Die schwarz-gelbe Koalition ist auf die Stimmen von SPD und Grünen sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat angewiesen, da die Bundesländer vom Fiskalpakt stark tangiert sind.

Nach der Sitzung berichtete SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier von einer Annäherung zwischen den Lagern. Ein weiteres Gespräch sei für kommende Woche geplant. Es sei aber noch nicht sicher, ob der Fiskalpakt vor der Sommerpause, also am 28. Juni, verabschiedet werden könne. An der SPD solle das aber nicht scheitern.

Steinmeier zufolge will die Bundesregierung beim nächsten Ecofin-Treffen (EU-Finanzministerrat) am 22. Juni Pflöcke für eine Finanztransaktionssteuer zur Besteuerung von Börsengeschäften einschlagen. Die Einführung dieser Umsatzsteuer auf Börsengeschäfte ist eine zentrale Forderung der Sozialdemokraten. „Sie ist ökonomisch sinnvoll und sozial gerecht“, sagte Thomas Oppermann, Fraktionsgeschäftsführer der SPD, in Berlin vor der Presse. Für Kleinsparer müsse es einen Freibetrag geben, sie würden von der Steuer nicht getroffen.

Oppermann wird kommende Woche für die SPD weiterverhandeln. Er stellte klar, dass ein Aufsetzungsvorhaben auf die Tagesordnung für die kommende Sitzungswoche des Parlamentes von der SPD solange nicht mitgetragen werde, bis beim Fiskalpakt eine Einigung steht. Er wies Spekulationen zurück, nach denen Schwarz-Gelb der SPD vorwirft, parteitaktisch zu agieren. „Wir haben einen schweren Sommer vor uns in Europa, uns taktische Manöver vorzuwerfen ist schäbig und durchschaubar.“ Angela Merkel müsse vielmehr endlich Stellung beziehen, wie die verkorkste Europa-Politik der Regierung in die richtige Bahn gebracht werde. Brüssel für Finanztransaktionssteuer

Parteichef Sigmar Gabriel wies nach dem Treffen darauf hin, dass die Kanzlerin sich noch nicht klar geäußert habe zu dem von SPD und Grünen geforderten Wachstumspakt.

Gabriel, Steinmeier und Peer Steinbrück reisten am Mittwochnachmittag nach Paris, um Gespräche mit Frankreichs Präsident Francois Hollande zu führen. Im Mittelpunkt dabei sollte die Finanztransaktionssteuer stehen, die Frankreich bereits zum August einführen will, sowie der weitere Kurs in der Europapolitik.

Am Dienstagabend äußerte sich die EU-Kommission in Brüssel, dass eine offizielle Einführung einer länderübergreifenden Finanztransaktionssteuer noch in diesem Jahr möglich sei. Gelten würde sie dann zwar erst 2013 oder 2014, aber sie könne beschlossen werden. Dazu sagte Joachim Poß, stellvertretender Fraktionschef der SPD: „Jetzt bekommt die Bundesregierung es auch direkt aus Brüssel zu hören: Die Besteuerung der Finanzmärkte lässt sich zeitnah im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit einführen. Voraussetzung dafür: Die Bundesregierung muss in den nächsten Tagen endlich Farbe bekennen und dafür sorgen, dass ein entsprechender Antrag gestellt wird.“

## HAUSHALT

### Schwarz-Gelb hat Sparen aufgegeben

Schwarz-Gelb hat die Haushaltskonsolidierung endgültig aufgegeben und steigert die Neuverschuldung im Vergleich zum Vorjahr auf nahezu das Doppelte. „Während die Bundeskanzlerin und ihr Finanzminister Schäuble von den europäischen Partnern zusätzliche Einsparungen fordern, dokumentiert der Nachtragshaushalt erneut, dass für den Abbau des Haushaltsdefizits in Deutschland keinerlei Anstrengungen mehr unternommen werden“, sagte Carsten Schneider, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Die öffentliche Verschuldung ist nicht nur in Deutschland aufgrund der notwendigen Banken-Rettungspakete und Konjunkturprogramme seit Beginn der internationalen Finanzmarktkrise im Jahr 2008 stark angestiegen. Hatte Deutschland 2008 gesamtstaatlich noch einen ausgeglichenen Haushalt und eine Neuverschuldung des Bundes von 11,5 Mrd. Euro, betrug

die Neuverschuldung 2009 allein beim Bund 34,1 Mrd. Euro. Auch der deutsche Schuldenstand stieg rapide, insbesondere durch die Übernahme der neu errichteten Abwicklungsanstalten für Banken, von 73,5% auf 81,1% des BIP in 2011.

Im Jahr 2011 verzeichneten Bund, Länder und Gemeinden aufgrund der sehr guten konjunkturellen Lage erfreuliche Steuermehreinnahmen, die sich nach der aktuellen Steuerschätzung vom Mai 2012 in diesem Jahr und in den Folgejahren fortsetzen werden. Zugleich sanken die Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende, für die Kosten der Unterkunft und des Arbeitslosengelds II durch die positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt.

#### **Auf teure Steuersenkungen verzichten**

Die Nettokreditaufnahme betrug 2011 insgesamt 17,3 Mrd. Euro für den Bund. Der Haushalt 2012 sah bislang eine Neuverschuldungsermächtigung von 26,1 Mrd. Euro vor, die mit dem Nachtragshaushalt auf knapp 34 Mrd. Euro erhöht werden soll. Die Neuverschuldung wird damit nahezu verdoppelt, ohne dass zusätzliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Energiewende vorgesehen sind. Die Konsolidierungs- und Wachstumspolitik wird damit faktisch beendet und politisch aufgegeben. Dies ist ein grober Fehler und ein fatales Signal an die Partner in Europa. Carsten Schneider: „Die konjunkturell bedingten Mehreinnahmen werden für dauerhafte Ausgaben verwendet, die wie das Betreuungsgeld auch noch ökonomisch schädlich wirken. Frau Merkel und Herr Schäuble nutzen die zusätzlichen Steuereinnahmen als Kitt für die gescheiterte Koalition.“

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in einem Entschließungsantrag (Drs. 17/9961) die Regierung Merkel auf, die Schuldenbremse einzuhalten und auch gesetzliche Anpassungen vorzunehmen, die die SPD-Fraktion schon dargelegt hat (Drs. 17/4666). Die Regierung muss auf Steuersenkungen verzichten und die konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen nutzen, um die Neuverschuldung zu reduzieren. Außerdem soll die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen, der überzogene Managergehälter eindämmt, indem die steuerliche Absetzbarkeit von Gehältern und Abfindungen auf maximal die Hälfte der Beträge, die 1 Million Euro übersteigen, begrenzt wird.

### **AKTUELLE STUNDE**

## **Minister Niebel stolpert über Teppich**

Ein Teppich wird zur politischen Stolperfalle für Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP). Niebel hatte sich einen solchen auf einer Dienstreise in Afghanistan privat gekauft und ihn sich dann mit einem Flugzeug des Bundesnachrichtendienstes (BND) nach Berlin bringen lassen – allerdings am Zoll vorbei. Für die SPD-Fraktion im Bundestag passt dieses Verhalten in das desaströse Gesamtbild des liberalen Ministers und ist ein weiterer Beleg für das selbstherrliche Staatsverständnis von Dirk Niebel. Zur Aufklärung der Umstände fand am Mittwoch auf Antrag der SPD-Fraktion eine Aktuelle Stunde im Bundestag statt.

#### **Ministerium wird zum Beuteministerium von Niebel**

Dirk Niebel steht seit Beginn seiner Amtszeit immer wieder in der Kritik, vor allem in Bezug auf sein eigenes Amtsverständnis: Parteifreunde werden mit Jobs versorgt, der Personalrat im Ministerium wurde von Niebel entmachtet. Und nun die peinliche Posse um das Reisemitbringsel aus Kabul. Niebel sieht das Entwicklungsministerium offenbar nur noch als Selbstbedienungsladen für seine persönlichen Bedürfnisse und die Interessen seiner Partei. Durch sein Verhalten gefährdet der liberale Minister nicht nur den guten Ruf der deutschen Entwicklungspolitik, er fügt ihr nachhaltigen Schaden zu.

Für Sascha Raabe, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, ist dieses Verhalten umso peinlicher, als ein Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eigentlich mit gutem Beispiel vorangehen müsse. Er sei unerträglich, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) von seinen Partnern einen entschlossenen Kampf gegen Antikorruption und für Integrität in den Entwicklungsländern fordert, dies im eigenen Haus aber anscheinend nicht vorgelebt wird. Raabe sagte an den anwesenden Minister gerichtet: „Nehmen Sie sich endlich selbst in die Pflicht.“

#### „Liberales Teppichluder“

Raabe zitierte in seiner Rede aus diversen Presseberichten, so bezeichnete das Handelsblatt Niebel als „Pinocchio des Tages“, und die Wirtschaftswoche sieht den Minister sogar als „liberales Teppichluder“. Raabe schloss sich schließlich einer Forderung der Financial Times Deutschland an, die den Rücktritt Niebels fordert, da dieser kein gutes Vorbild sei und das Amt beschädige.

Zudem müsse auch die Frage gestellt werden, warum der Minister nicht explizit einen Teppich mit einem „GoodWeave“-Siegel gekauft habe. Mit diesem Siegel werden Teppiche gekennzeichnet, die nicht durch Kinderarbeit entstanden sind. Gerade in einem Land wie Afghanistan ist Kinderarbeit in der Teppichindustrie noch weit verbreitet. Der Minister hätte sich mehr informieren müssen als nur den Worten eines Mitarbeiters der deutschen Botschaft zu vertrauen, der den Teppichhändler als seriös bezeichnete, so Raabe.

#### BND als Kuriedienst missbraucht

Nicht nur die verspätete Anmeldung des Teppichs beim Zoll erregt die Gemüter. Auch der Transport des Teppichs nach Deutschland wirft Fragen auf: So sprang der BND als Kurier ein und brachte das Souvenir nach Berlin, wo es noch auf dem Rollfeld von Niebels Fahrer abgeholt wurde. Der Nachrichtendienst ging allerdings davon aus, dass der Teppich ein Gastgeschenk gewesen ist. Fritz Rudolf Körper stellt in seiner Rede dazu fest, dass Niebel hier seiner Informationspflicht nicht nachgekommen sei, was eine fahrlässige Haltung gegenüber dem BND gewesen sei. Er forderte, dass gerade Niebel mit der Verantwortung seines Amtes Privates und Dienstliches strikt zu trennen habe.

Die mangelnde Vorbildfunktion wurde auch von Bärbel Kofler scharf kritisiert: Es könne nicht sein, dass das BMZ den eigenen Ansprüchen und formulierten Leitlinien an eine gute Regierungsführung in den Partnerländern nicht gerecht werde. „Niebel hat der deutschen Entwicklungspolitik einen Bären dienst erwiesen“, sagte Kofler vor dem Bundestag.

## GLEICHSTELLUNG

### Endlich gleiche Löhne für Frauen erreichen

Trotz der gesetzlichen Verankerung der Gleichstellung von Frauen und Männern im Grundgesetz seit mehr als 60 Jahren, der gesetzlichen Festschreibung der Gleichbehandlung bei der Entlohnung im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und in der EU-Charta, ist Deutschland Europameister bei der Lohndiskriminierung von Frauen. Schwarz-Gelb hat nichts als Lippenbekenntnisse für Frauen übrig. Die SPD-Fraktion meint es ernst: Sie hat ihren Entwurf eines Entgeltgleichheitsgesetzes vorgelegt.

Obwohl gleicher Lohn für gleiche Arbeit längst geltendes Recht in Deutschland ist, klafft eine Lohnlücke von 23 Prozent zwischen der Bezahlung von Frauen und Männern. Das wird seit Jahren am Equal-Pay-Day beklagt. Er erinnert daran, dass Frauen erst im März das gleiche

Jahresgehalt erreicht haben, das ihre männlichen Kollegen bereits am 31. Dezember auf dem Konto hatten.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat als erste Fraktion einen Entwurf für ein Entgeltgleichheitsgesetz (17/9781) vorgelegt. Danach gilt: Wer Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern herstellen will, kommt an Transparenz nicht vorbei. Deshalb sollen Betriebe ab 15 Beschäftigten verpflichtet werden, ihre Entgeltstrukturen offen zu legen und auf Diskriminierung überprüfen zu lassen. Seit 101 Jahren kämpfen Frauen für das Recht auf gleiche Bezahlung. Diese Forderung wird mit dem Entgeltgleichheitsgesetz der SPD-Fraktion für Frauen in 190.000 Betrieben der Privatwirtschaft und Dienststellen der öffentlichen Verwaltung endlich eingelöst.

#### **CDU/CSU haben für Frauen nichts als Lippenbekenntnisse übrig**

Die zugehörige Bundestagsdebatte hat gezeigt, welches Geistes Kind die Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP sind: Sie lehnen den von der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachten Gesetzentwurf für Entgeltgleichheit in Betrieben ab. Sie schieben die Ungleichheit in der Entlohnung den Frauen selbst in die Schuhe, weil die in Verhandlungen weniger selbstbewusst aufträten als Männer.

SPD-Fraktionsvizein und ASF-Vorsitzende Elke Ferner stellte fest, dass „das Geschrei auf der rechten Seite des Hauses“ immer groß sei, wenn es um die gesetzliche Verankerung der Lohngleichheit von Frauen und Männern gehe. „Frauen schlechter zu bezahlen, ist keine unternehmerische Freiheit.“ Es lohne sich vielmehr finanziell für Unternehmen, Frauen schlechter zu bezahlen. „Nach Estland und Slowakei steht Deutschland an drittletzter Stelle bei der Lohndiskriminierung. Die zuständigen Ministerinnen Schröder und von der Leyen (beide CDU) hätten keine Lösung.

#### **Folgende Maßnahmen sieht das Entgeltgleichheitsgesetz vor:**

Alle Betriebe mit mehr als 15 Beschäftigten werden dazu verpflichtet, ihre Entgeltstrukturen zu analysieren und einer anschließenden Prüfung zu unterziehen. Dies obliegt den Betrieben selbst. Der Staat stülpt ihnen kein neues Entgeltsystem über. Die Arbeitgeberseite macht sich gemeinsam mit Vertretern der Arbeitnehmerschaft und einer sachverständigen Person auf den Weg, die Entgeltdiskriminierung zu beseitigen.

Es dürfen nur Lohnmessverfahren angewendet werden, die von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zertifiziert wurden. Die Ergebnisse sollen in anonymisierter Form betriebsöffentlich gemacht werden.

Wird Entgeltdiskriminierung in einem Betrieb festgestellt, muss die Lohnungleichheit innerhalb einer gesetzten Frist beseitigt werden. Betriebsrat bzw. Personalrat sowie die Gleichstellungsbeauftragten sind an dem Verfahren zu beteiligen. Kommen Unternehmen ihrer Verpflichtung nicht nach oder reichen sie die Berichte nicht fristgerecht ein, so werden Bußgelder von bis zu 500.000 Euro fällig. Die soll die Antidiskriminierungsstelle des Bundes verhängen. Der Gesetzentwurf sieht auf Veranlassung auch eine Überprüfung von Tarifverträgen vor.



## FAMILIEN

### Elterngeld reformieren

Die Bundesregierung will den Elterngeldvollzug vereinfachen. Pauschalierungen der Abzüge sollen bei der Elterngeldberechnung erfolgen, und steuerliche Freibeträge sollen entfallen. In einem Entschließungsantrag fordert die SPD die Bundesregierung auf, diese Neuregelung nach zwei Jahren zu evaluieren. Es soll geprüft werden, ob die Verwaltung damit vereinfacht wurde und welche Folgen dies für die Elterngeldberechtigten hatte. Der Bericht ist dem Bundestag vorzulegen.

Zudem muss das Elterngeld partnerschaftlich weiterentwickelt werden. Es soll auch wieder auf den Kinderzuschlag und Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern II und XII angerechnet werden. Der doppelte Anspruchsverbrauch ist zu beseitigen.

### Kinderarbeit verhindern

Kinderarbeit ist ein weltweit verbreitetes Problem. Nach wie vor gelangen Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit auf den deutschen Markt. In einem Antrag fordert die SPD die Bundesregierung auf, Kinderarbeit im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu bekämpfen.

Ein Importverbot für Waren, die durch Kinderarbeit hergestellt wurden, ist zu prüfen. Bei der Vergabe von Aufträgen und der Anschaffung von Produkten durch die öffentliche Hand muss das Verbot von Kinderarbeit beachtet werden. Unternehmen sollen Kinderarbeit bei allen Produktionsschritten ausschließen. Ein einheitliches Zertifizierungssystem muss geprüft werden. Außerdem ist eine bundesweite Aufklärungskampagne über Kinderarbeit vonnöten. Und schließlich muss das Verbot von Kinderarbeit in jedes EU-Handelsabkommen aufgenommen werden.

## VERTEIDIGUNG/BAU

### Bundeswehr attraktiver machen

Die neuerliche Neuausrichtung der Bundeswehr zielt nach den Erklärungen der Bundesregierung neben einer deutlichen Verringerung des militärischen und zivilen Personals auf eine grundlegende Umstrukturierung des Personalkörpers hin zu einer stärkeren Einsatzausrichtung und Effizienzsteigerung ab. Mit dem Bundeswehrreformbegleitgesetz sollen die rechtlichen Voraussetzungen für die notwendige Personalanpassung geschaffen werden.

Die gesetzlichen Regelungen sind jedoch unzureichend, für die Betroffenen wenig attraktiv und zu wenig an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes ausgerichtet. Es ist zudem fraglich, ob das nicht mehr benötigte Personal bereit ist, unter diesen Bedingungen die Bundeswehr freiwillig zu verlassen.

Die Belastungen durch die Neuausrichtung sind für die Angehörigen der Bundeswehr, ob Soldat oder ziviler Mitarbeiter, sehr hoch. Sie werden mit gravierenden Veränderungen konfrontiert. Nur motiviertes Personal ist bereit, diesen schwierigen Umgestaltungsprozess mitzugehen. Umso wichtiger ist es, den Dienst in der Bundeswehr so attraktiv wie möglich zu gestalten. Hier bleiben die Regelungen im Bundeswehrreform-Begleitgesetz ebenfalls hinter den Erwartungen zurück.



Die SPD-Fraktion fordert in einem Entschließungsantrag (Drs. 17/9986) zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zum Reformbegleitgesetz der Bundeswehr die Regierung auf, die Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiver zu machen. Dazu gehören die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Teilzeitbeschäftigung, Telearbeit und flächendeckende Kinderbetreuung), geregelte Arbeitszeiten und Pendlerwohnungen an Bundeswehrstandorten. Soldatinnen und Soldaten auf Zeit müssen Versorgungsanwartschaften mitnehmen können. Die innere Führung muss durch Vertrauenspersonenausschüsse auf Kommandoebene gestärkt werden. Außerdem ist ein tragfähiges Konzept zur Nachwuchsgewinnung vonnöten. Die Freiwilligendienste müssen gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Städten gefördert werden. Schließlich soll das Zivilpersonal der Bundeswehr auf 63.000 erhöht werden.

#### **Bundesanstalt für Immobilienaufgaben neu ausrichten**

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) verwertet und verwaltet Liegenschaften, die vom Bund nicht mehr benötigt werden. Durch die Neustrukturierung der Bundeswehr und den Truppenabzug ausländischer Streitkräfte stehen in diesem Bereich wichtige Entscheidungen an. Die BlmA muss daher stärker an strukturpolitischen Zielen ausgerichtet werden.

In einem Antrag fordern die Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, die Aufgaben der BlmA zu ergänzen. Sie muss städtebauliche und regionalpolitische Belange von Bund, Ländern und Kommunen stärker berücksichtigen. Durch strukturelle und personelle Veränderungen sollen bei Veräußerungs- und Verwaltungsprozessen städtebauliche und regionalpolitische Aspekte stärker gewichtet werden.

## **UMWELT**

### **Nachhaltige Entwicklung vorantreiben**

Die UN-Konferenz Rio+20 hat eine erneuerte Verpflichtung der Staaten für eine nachhaltige Entwicklung zum Ziel. In einem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen fordert die SPD-Fraktion Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, an der Konferenz teilzunehmen. Die Bundesregierung soll sich dort für eine „Green Economy“ einsetzen, die ressourceneffizient, CO<sub>2</sub>-arm, beschäftigungswirksam und sozial ausgleichend ist. Im Rahmen der UN-Strukturen soll ein Rat für Nachhaltige Entwicklung gegründet und das Umweltprogramm (UNEP) zu einer eigenständigen UN-Organisation aufgewertet werden.

Eine Expertenkommission „Panel on Systemic Risks“ ist vonnöten. Das Abschlussdokument der Konferenz soll Priorisierungen sowie Maßnahmen für die „sustainable energy for all“-Initiative enthalten. Auf nationaler Ebene muss die Nachhaltigkeitsstrategie konsequent umgesetzt werden. Ein Ombudsman soll sie überwachen.

### **Offshore-Windparksanlagen sicherer machen**

Das schnelle Wachstum der Offshore-Windenergie stellt Bund, Länder und Betreiberfirmen vor neue Herausforderungen bei der Sicherheit. In einem Antrag fordert die SPD die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Bundesländern eine Sicherheits- und Notfallstrategie für den Offshore-Windenergiebereich vorzulegen. Die Such- und Rettungskapazitäten sind mit den Ländern und den Windparkbetreibern abzustimmen. Eine Aus- und Fortbildungseinrichtung für Notfallmanagement und Rettungswesen bei Windparks ist vonnöten. Aus- und Fortbildungsstandards sind auszubauen. Damit soll auch dem Fachkräftemangel entgegen

gewirkt werden. Schließlich soll die Bundesregierung einheitliche Standards für die Schutz- und Sicherheitskonzepte der Betreiberfirmen vorlegen.

## AUSSENPOLITIK

### **UN-Waffenhandelsvertrag wirkungsvoll gestalten**

Der UN-Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty –ATT) soll den internationalen Waffenhandel kontrollieren und regulieren. Er soll im Juli von den UN beschlossen werden.

Der Geltungsbereich des Vertrags, die menschenrechtlichen Kriterien und die Implementierung sind jedoch umstritten. In dem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 17/9927) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, sich für einen wirkungsvollen ATT einzusetzen.

Der Vertrag soll auch für Kleinwaffen und leichte Waffen sowie Munition, Sprengstoffe und andere Rüstungskomponenten gelten. Er muss auch Import, Transit, Lizenzherstellung und Technologietransfer umfassen. Rüstungsgüter dürfen nicht an Staaten geliefert werden, wenn sie dort für Menschenrechtsverstöße genutzt werden. Eine starke Umsetzungseinheit (Implementation Support Unit) ist zu gründen, die regelmäßig über die Umsetzung des Vertrags Bericht erstattet. Die Länder müssen verpflichtet werden, auch die Ablehnung von einzelnen Rüstungsexport-Entscheidungen anzugeben.

Der ATT stellt eine historische Chance dar, die zerstörerischen Auswirkungen des weltweiten Waffenhandels nachhaltig und wirkungsvoll einzuschränken; die Zustimmung zum ATT ist inzwischen so hoch wie noch nie, da alle UN-Mitgliedstaaten seine generelle Notwendigkeit erkannt haben.

## MENSCHENRECHTE

### **Menschenrechte in Zentralasien stärken**

Die Menschenrechtslage in den zentralasiatischen Staaten – dazu gehören Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan – ist besorgniserregend. So sind unter anderem die Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit in den Ländern stark eingeschränkt, in keinem der fünf Staaten existiert ein unparteiisches Rechtssystem, und auch die Religionsfreiheit ist teils erheblich eingeschränkt. In einem gemeinsamen Antrag fordern daher die SPD-Fraktion und die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen die Bundesregierung zum Handeln auf.

Die Länder Zentralasiens liegen an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien. Mit ihrer Zentralasien-Strategie bemüht sich auch die Europäische Union (EU) die Zusammenarbeit mit diesen Ländern zu intensivieren. Dabei sieht Europa verantwortungsvolle Staatsführung, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Einhaltung von Menschenrechten als Voraussetzung für Sicherheit und Stabilität, aber auch für wirtschaftliche Entfaltung. Allerdings haben sich die Staaten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht in eine demokratische Richtung entwickelt. Stattdessen finden sich zunehmend deutlich autoritäre Strukturen wieder, was sich auch in der schwierigen Menschenrechtslage widerspiegelt.

In ihrem Antrag „Menschenrechte in Zentralasien stärken“ (Drs. 17/9924) fordern die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Bundesregierung daher auf, in der Zentralasien-

Strategie der EU die Maßnahmen für Menschenrechte effizienter zu gestalten. Denn trotz erster Erfolge, zum Beispiel im Bereich der Frauenrechte, bleibt noch viel zu tun.

Im Detail fordert der Antrag unter anderem, dass die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Gruppen gefördert wird, oder dass Reise- und Bewegungsfreiheit für alle Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Länder gelten muss. Zur Verbesserung der Pressefreiheit ist ein Ausbau der Medien- und Informationslandschaft nötig, und auch die Rechte aller Religionsgemeinschaften sind zu wahren. Schließlich muss auch die Grundvoraussetzung nach gleichen, freien und geheimen Wahlen geschaffen werden, um eine stabile Demokratie in den Ländern zu erreichen.

## VERANSTALTUNG

### Missbrauch von Werkverträgen beenden

Betriebs- und Personalräte aus ganz Deutschland diskutierten in Berlin mit Abgeordneten der SPD über faire Regeln am Arbeitsmarkt.

Rund 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren der Einladung der SPD-Bundestagsfraktion in das Berliner Reichstagsgebäude gefolgt.

Die diesjährige Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Fraktion stand unter dem Motto „Arbeit sichern – Wege öffnen“. Einen Tag lang diskutierten die Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Gewerkschaften über Leiharbeit, Minijobs und den Missbrauch von Werkverträgen.

Ex-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und DGB-Chef Michael Sommer begeisterten zu Beginn der Konferenz mit starken Worten, wie nötig faire Regeln am Arbeitsmarkt und eine neue Ordnung für Arbeit sind.

Schwerpunkt der Diskussion war der Missbrauch von Werkverträgen. Ein Vertreter der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) berichtete anschaulich, wie oft gerade im Nahrungsmittelbereich immer mehr Arbeitgeber versuchen, normale Angestellte durch Werkverträge zu ersetzen – mit katastrophalen Folgen für das Lohnniveau, aber auch für den Arbeitsschutz und die Mitspracherechte von Betriebsräten. Viele Anwesende konnten dies mit Erfahrungen aus dem eigenen Betrieb bestätigen.

Anschließend diskutierten die Teilnehmer mögliche Lösungen mit Prof. Wolfgang Däubler und dem Leiter des Hugo Sinzheimer Instituts, Dr. Thomas Klebe. Diese zeigten Möglichkeiten auf, wie man juristisch gegen solchen Missbrauch vorgehen kann. Einig waren sich alle Beteiligten, dass die Politik strengere Regeln gegen den ausufernden Missbrauch von Werkverträgen schaffen muss.

„Die SPD will die Abgrenzung zwischen Leiharbeit und Werkverträgen klarer fassen“, betonte arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Anette Kramme, die die Konferenz moderierte. „Künftig soll es nicht mehr möglich sein, unter dem Titel ‚Werkvertrag‘ de facto Leiharbeiter zu beschäftigen – zu schlechteren Konditionen,“ so Kramme. Außerdem wolle die SPD den Betriebsräten mehr Mitsprachemöglichkeiten geben, auch beim Einsatz von Werkvertragsnehmern in der Firma. Bisher geht deren Einsatz meist völlig am Betriebsrat vorbei, weil sie über die Einkaufsabteilung der Unternehmen beauftragt werden und das Personalbüro meist gar nicht beteiligt ist. „Hier müssen wir per Gesetz für klare Mitbestimmungsrechte sorgen,“ forderte Kramme, die auch das Schwerpunktprojekt „Ordnung für Arbeit“ der SPD-Bundestagsfraktion leitet. Sie kritisierte, dass die Bundesregierung das Problem bei den Werkverträgen völlig ignoriert.

Der Austausch der SPD-Fraktion mit Betriebs- und Personalräten hat eine lange Tradition. Die sozialdemokratischen Abgeordneten laden regelmäßig nach Berlin ein, um über aktuelle arbeitsmarktpolitische Herausforderungen zu sprechen. Auch in diesem Jahr waren sich alle einig, dass die konstruktiven Gespräche neue Impulse zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation gebracht haben.

## Frank-Walter Steinmeier erhält Mittelstandspreis

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier ist mit dem Mittelstandspreis 2012 der Union Mittelständischer Unternehmen ausgezeichnet worden. In der Begründung würdigte die Jury „seinen langjährigen Einsatz für den deutschen Mittelstand und eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Finanzordnung in unserem Land.“

Steinmeier nahm den Preis am Mittwochabend in Berlin vor rund 160 Gästen aus Politik, diplomatischem Korps, Wirtschaft und Gesellschaft entgegen. Dr. Eckhard Cordes, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, und Prof. Dr. h.c. Roland Berger, Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates der Unternehmensberatung Roland Berger Strategy Consultants, würdigten den Preisträger in ihren Reden.

In seiner Replik betonte Steinmeier, Wirtschaft und Politik bräuchten die "Kraft der Beständigkeit". Wer immer nur sein Fähnchen in den Wind der Meinungen hänge, werde am Ende vom Sturm der Fakten hinweg geweht. Wirtschaft und Politik bräuchten aber auch die "Kraft der Veränderung", so der SPD-Fraktionschef. "Dafür brauchen die Menschen Klarheit und Orientierung – in einem Unternehmen wie in einem Land."

Verantwortung, langfristige Orientierung, Ablehnung kurzsichtigen Zockertums – mit dieser Haltung sei der Mittelstand und mit ihm die ganze deutsche Wirtschaft gut durch die Krise gekommen, so Steinmeier. "Und diese Werte brauchen wir nicht nur in der Wirtschaft. Von ihnen hängt ganz entscheidend die Zukunft unserer Gesellschaft ab."

Mit dem Mittelstandspreis zeichnet die Union Mittelständischer Unternehmen seit 1994 Politiker aus, die sich in besonderem Maße für die mittelständische Wirtschaft und ein selbstbestimmtes Unternehmertum in Deutschland einsetzen. Bisher erhielten die Auszeichnung unter anderem Kurt Beck, Hermann Otto Solms, Günther Oettinger, Gerhard Schröder, Friedrich Merz, Roland Koch, Rainer Brüderle, Rezzo Schlauch, Edmund Stoiber, Christine Scheel und Dr. Ingo Friedrich.

Die Auszeichnung wird unterstützt von einer Reihe weiterer europäischer und deutscher Mittelstandsverbände, die zusammen mehr als eine Million Klein- und Mittelbetriebe sowie Freiberufler vertreten.

### SPORT

## SPD-Politiker über die Chancen der Deutschen bei der Fußball-EM

Die Europameisterschaft steht unmittelbar bevor, und den Deutschen werden große Chancen für den Titel prophezeit. Die Mannschaft um Bundestrainer Joachim Löw begeistert die Menschen – nicht nur wegen ihrer sportlichen Qualität, sondern auch, weil sie weltoffen, modern und erfrischend auftritt. Klar, dass auch die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag der Nationalmannschaft die Daumen drücken und

mitfiebern. Wenn man sich umhört unter den Abgeordneten der SPD-Fraktion, etwa wer den Titel holt oder welche Mannschaft den Spieler mit den meisten Toren stellt, kommt Spannendes zutage.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier glaubt fest, dass Deutschland Europameister wird. Steinmeier: "Die deutsche Mannschaft besitzt Teamgeist, technische Vollkommenheit und große Spielstärke. Ich bin sicher, das wird fürs Endspiel reichen und wünsche mir natürlich, dass es mit dem Titel klappt." Er sei sicher, dass der Bundestrainer Löw die Mannschaft gut vorbereitet habe. Im Finale wünscht sich Steinmeier Spanien und Deutschland. „Ich schätze aber auch Polen und die Niederlande stark ein“.

Beim Torschützenkönig sieht Steinmeier ebenfalls die Mannschaft von Joachim Löw weit vorn. Spieler wie Özil oder Khedira würden für großen Erfolg stehen und die Stürmer Klose und Gomez "stehen vorne an, wenn es um den Titel als Torschützenkönig geht".

"Das Team von Joachim Löw verfügt über eine große mannschaftliche Geschlossenheit und ist individuell so gut besetzt wie seit den 70er-Jahren nicht mehr. Ich hoffe, dass die Mannschaft endlich für ihren attraktiven Fussball belohnt wird." Das sagt SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann. Seiner Ansicht nach werden Deutschland und Spanien im Finale stehen. Und was den Torschützenkönig betrifft: "Ich drücke auch den Polen und ihrem Dortmunder Torjäger Robert Lewandowski die Daumen."

Parteichef Sigmar Gabriel tippt so wie Oppermann – und hofft auf den deutschen Finalsieg. Das Team mit den meisten Toren vermutet er in den Holländern oder Spaniern.

Peer Steinbrück ist sich sicher, dass Polen eine starke Rolle bei der EM spielen wird. Denn er glaubt an einen Sieg für Polen im Finale Spanien/Polen. Auch der Torschützenkönig kommt für Steinbrück aus dem Team der Polen. Die Deutschen schaffen es nach Meinung des Ex-Finanzministers bis ins Halbfinale.

#### **Orakel prophezeit Finalspiel mit Deutschland**

Das sieht Christine Lambrecht, Fraktionsvizin, anders. „Die deutsche Mannschaft ist einfach dran“, sagt Lambrecht. Deswegen hoffe sie, dass die Deutschen „beim letzten Spiel des Turniers als Sieger den Rasen verlassen“. Welches Team wird denn den Torschützenkönig stellen? Lambrecht: „Da das System der deutschen Mannschaft auf Teamarbeit basiert und dadurch viele Spieler die Gelegenheit bekommen werden, Tore zu erzielen, wird das mit Sicherheit nicht die deutsche Mannschaft sein. Da haben Mannschaften, die einen Star im Mittelpunkt haben, mehr Chancen. Vielleicht die Spanier. Oder die Portugiesen bzw. die Niederländer, je nachdem, wer die Vorrunde übersteht. Ein Geheimtipp von mir sind die Polen, wenn sie weit kommen – mit einem in der vergangenen Saison bärenstarken Robert Lewandowski.“

Martin Gerster, sportpolitischer Sprecher der Fraktion, tippt, „dass das Duell Deutschland gegen die Niederlande bei der EM zweimal stattfinden wird, neben dem Gruppenspiel werden sich die beiden Teams also auch im EM-Finale gegenüberstehen. Deutschland wird sich auf dem Weg ins Finale als Gruppensieger der Gruppe B (Niederlande, Dänemark und Portugal) durchsetzen, im Viertelfinale Russland besiegen und im Halbfinale England (natürlich nach Elfmeterschießen!) aus dem Turnier werfen. Die Niederlande werden als Gruppensieger der Gruppe B im Viertelfinale den Gruppensieger der Gruppe A Polen besiegen und im Halbfinale den Welt- und Europameister Spanien schlagen.“ Woher er das alles so genau weiß, möchte Gerster aber nicht verraten – „mein Orakel darf ich leider nicht nennen“.

Auch für Gerster ist klar, dass die Deutschen den Titel holen. Auch dafür hat er eine ausgeklügelte Begründung: „Bisher holte Deutschland nach einer EM mit Finalniederlage (1976,

1992) bei der darauf folgenden EM immer den Titel (1980, 1996). Also ist die Niederlage von 2008 in diesem Fall ein gutes Omen!“

Den Torschützenkönig vermutet er dagegen bei den Holländern. Gerster: „Aber bei einem Gewinn des EM-Titels durch die DFB-Elf gönnen wir den Niederländern doch diese Trophäe ...“

Die Ausschussvorsitzende des Sportausschusses, Dagmar Freitag, sieht dagegen im Finale Deutschland/Spanien die Spanier siegen. Auch beim Torschützenkönig sieht sie nicht die Deutschen vorn. Freitag erkennt einen Vorteil für Portugal.

Für Gabi Fograscher, Mitglied im Sportausschuss, wird der Torschützenkönig dagegen Mario Gomez sein. Im Finale sieht sie Deutschland und Polen. „Aber wir werden gewinnen und Europameister“, sagt Fograscher.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, ebenfalls Sportpolitikerin, mag sich nicht eindeutig festlegen. Für sie gewinnt „die beste Mannschaft“, Gleichwohl glaubt sie daran, dass Deutschland im Finale stehen wird – gegen Spanien. Apropos Spanien: Torschützenkönig wird für sie der Halbspanier Mario Gomez.

Dagegen ist sich Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, sicher, dass die meisten Tore von einem Holländer geschossen werden. Im Finale stehen für ihn die Nationalelf und Spanien. Thierse fürchtet, dass Spanien gewinnen wird.

Frank-Walter Steinmeier wünschte dem deutschen Team in einem Videostatement viel Erfolg. Er hoffe, er könne so viel Spiele wie möglich sehen und sei optimistisch, was den Titel für die Deutschen betreffe. "Jeder, der Spaß am Fußball hat, wird nun mitzittern und mitfiebern." Frank-Walter Steinmeier und die gesamte SPD-Bundestagsfraktion drücken dem deutschen Team die Daumen.

**Weitere Informationen gibt es auch hier:**



[www.spdfraktion.de/facebook](http://www.spdfraktion.de/facebook)



[www.spdfraktion.de/googleplus](http://www.spdfraktion.de/googleplus)



[www.spdfraktion.de/twitter](http://www.spdfraktion.de/twitter)



[www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube)



<http://www.spdfraktion.de/flickr>